

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 M. voraus schickbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich und Luxemburg 9000 M., für das übrige Ausland 11000 M. ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Sonntagsbeilage kostet 1500 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 7. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Distrikto-Gesellschaft, Deubertstraße Lindenstraße 3

Blutige Zusammenstöße in Leipzig. 6 Tote, 23 Verwundete.

Leipzig, 6. Juni. (WTB.) Für heute nachmittag hatte das Gewerkschaftsamt Leipzig gemeinsam mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf dem Augustusplatz einberufen. ...

beobachtet in einer größeren Streikbewegung. Bis Mittwoch mittag standen die Belegschaften von acht Großbetrieben im Streik. ...

Gleiwitz, 6. Juni. (TL.) Infolge der immer teurer werdenden Lebenshaltung sind in den Großbetrieben des ober-schlesischen Industriebezirks Teilstreiks ausgebrochen. ...

Metallarbeiterstreik in Hagen-Schwelm.

Hagen, 6. Juni. (TL.) Die Streiklage in der Metallindustrie Hagen-Schwelm ist auch heute im allgemeinen noch unverändert. ...

Düsseldorf, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Krefeld ist es heute zu Arbeitslosenunruhen gekommen. ...

Gegen Wucher und Teuerung.

Braunschweig, 6. Juni. (TL.) Die freien Gewerkschaften hatten die Arbeiterschaft gestern zu einer Protestversammlung gegen Wucher und Teuerung auf den Schloßplatz gerufen. ...

Die Teilstreiks in Oberschlesien.

Beuthen, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die trostlose wirtschaftliche Lage hat auch die Arbeiterschaft des ober-schlesischen Industriebezirks in lebhafter Erregung versetzt. ...

Die Brüsseler Konferenz.

Ein amtliches Communiqué.

Brüssel, 6. Juni. (Ca.) Es wurde hier folgendes amtliche Communiqué vorbereitet: Die belgische und französische Regierung hat heute die gemeinsame Prüfung der verschiedenen durch die Besetzung des Ruhrgebiets aufgeworfenen Fragen fortgesetzt. ...

Sieben Punkte.

Grundzüge des französischen Reparationsprogramms.

Paris, 6. Juni. (Ca.) Der „Temps“ stellt in seinem heutigen Leitartikel sieben Punkte auf, die er als Prinzipien Frankreichs in der Reparationsfrage bezeichnet: 1. Kein Angebot Deutschlands kann in Betracht gezogen werden, solange nicht die deutsche Regierung das Notwendigste getan hat, um den passiven Widerstand zu beenden. ...

6. Hinsichtlich der Mittel zur Deckung oder Zahlung, die die deutsche Regierung anwenden könnte, um sich die notwendigen Mittel zur Bezahlung seiner Schulden zu beschaffen, wird Frankreich gern allen vernünftigen Anregungen zustimmen, die gemacht worden sind oder in Zukunft gemacht werden; aber Frankreich hat nicht die Absicht, die Verantwortung, die Ausführung oder auch nur die Empfehlung irgendeines Mittels zur Deckung oder Zahlung vorzunehmen, das in dem nichtbesetzten Deutschland angewandt werden würde. ...

7. In dem besetzten Gebiet gebietet Frankreich gemeinsam mit seinen Alliierten und ebenso sehr in deren Interesse wie in dem seinigen alle Einnahmelmöglichkeiten auszunutzen, die für die Zahlung der Reparationen geeignet erscheinen. ...

Paris, 6. Juni. (WTB.) Das Organ der französischen Sozialistenpartei „Le Populaire“ greift bei der Besprechung des bevorstehenden neuen deutschen Vorschlages auf die gestrigen Erklärungen des „Temps“ zurück, wenn die deutsche Note nicht erklärt, daß der Widerstand aufgehört werde, könnten die Vorschläge Cunos nicht in Ermägung gezogen werden. ...

Die künftige Brotversorgung.

Der verhängnisvolle Beschluß der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages betreffs Einführung der freien Getreidewirtschaft hat den Entwurf eines Gesetzes veranlaßt, das angeblich die Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 sichern soll. ...

Diese Neuregelung ist in keiner Weise geeignet, die schweren Gefahren zu beseitigen, die die freie Wirtschaft mit sich bringt. Der Entwurf findet sich ohne weiteres damit ab, daß der künftige Brotpreis grundsätzlich der freie Marktpreis sein wird. ...

Zweifelhaft erscheint angesichts der Stützungsaktion der Mark auch, ob die beabsichtigte Reserve genügen wird, um zu verhindern, daß das tägliche Brot Gegenstand der wildesten Spekulation wird. ...

In diesem Zusammenhang gewinnt die Bereitstellung von Geldbeiträgen zur Verbilligung des Brotpreises für „Bedürftige“ erhebliche Bedeutung. Zunächst ist es schon an sich zweifelhaft, ob die Zahl der Bedürftigen, die die Regierung mit 10 Proz. annimmt, ausreicht. ...

Aber ganz bedenklich muß die Lage für die Bedürftigen — wie der Entwurf sie versteht — angesehen werden angesichts der Tatsache, daß hier eine Unzulänglichkeit mit einer anderen zuge deckt werden soll. ...

Milde Strafen für Valutaschieber.

Die von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses zur Markführung verlangte Uebersicht über die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Devisenverordnung ist dem Ausschuss inzwischen vorgelegt worden. Daraus geht hervor, daß vom Oktober 1922 bis zum April 1923 in 774 Fällen Anklage erhoben worden ist. Davon beziehen sich 690 Fälle auf Deutsche, der Rest auf Ausländer. In 241 Fällen ist Bestrafung erfolgt, in 47 Fällen Freisprechung oder andere Erledigung. Unerledigt sind bisher 486 Fälle. Bei der rechtskräftigen Verurteilung wurde in 235 Fällen auf Geldstrafe, in 13 Fällen auf Gefängnisstrafe erkannt. Die Geldstrafe ist in fast allen Fällen weniger als 50 000 M., die Gefängnisstrafe nur in einem Fall drei Monate, in drei Fällen ein bis drei Monate, in 9 Fällen ein bis vier Wochen.

Die Verhandlung im Ausschuss wird über die Bedeutung dieser Zahlen noch volle Klarheit schaffen müssen. Einstweilen hinterlassen sie den Eindruck, als ob die Vergehen gegen die Devisenverordnung außerordentlich milde behandelt werden und die Gerichte gar nicht daran denken, das zwar im Uebereifer ausgesprochen, aber durchaus richtige Wort des Wirtschaftsministers Beder zu beherzigen, daß Devisenspekulanten Verbrecher am deutschen Volke sind.

Landtag und Teuerungskatastrophe.

Eine sozialdemokratische Anfrage.

Am Preussischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende große Anfrage eingebracht: „Der ungeheure Sturz der Mark hat eine Teuerungswelle gebracht, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Welche Elemente aller Art nutzen diesen Zustand in schamlosester Weise aus und vergrößern damit die Notlage der breiten Volksmassen. Dieser Teuerung gegenüber sind die Gehälter und Löhne für Beamte, Angestellte und Arbeiter weit zurückgeblieben. Noch schlimmer ist das Verhältnis bei den Unternehmungen der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner. Die Unternehmer sehen dem dringend nötigen Ausgleich zwischen Teuerung und Lohn fast überall starken Widerstand entgegen. Die Folgen sind heftige wirtschaftliche Kämpfe, die in verschiedenen Bezirken unseres Landes schon zu Unruhen und Tumulten geführt haben. Wird diesen unerträglichen Verhältnissen nicht bald durch wirksame Maßnahmen Einhalt geboten, so droht über unser Volk eine wirtschaftliche und politische Katastrophe hereinzubrechen.“

Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um der drohenden Gefahr zu begegnen? Ist sie insbesondere bereit,

1. der wucherischen Ausbeutung des Volkes mit den schärfsten Maßnahmen entgegenzutreten,
2. ihrerseits alles zu tun, um auf die Reichsregierung einzuwirken, daß auch diese nichts unternimmt, was geeignet ist, eine weitere Verschärfung breiter Volksschichten zu verhindern?“

Kettenhandel und Reichsgetreidestelle.

Euthaltungen im Wirtschaftsausschuss.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags beschloß in seiner Sitzung vom Mittwoch mit dem Beschluß über die Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24. Genosse Käppler wies an Hand eines geradezu erschütternden Materials nach, daß die freie Brotgetreidewirtschaft eine neue, für die Produzenten und Händler allerdings sehr einträgliche Zwangswirtschaft darstelle. Der Verkauf der Dinge im Getreidegroßhandel zeige, daß das Volk von der neuen Getreidewirtschaft absolut nichts zu erwarten habe. Das Reich werde als Getreidekäufer auftreten, da es sich für seine Brotreserve 1 1/2 Millionen Tonnen Inlandsgetreide sichern wolle. Das Ausstreuen eines so großen Kaufers müsse, was der Reichsernährungsminister ja selbst zugegeben habe, die Preise für Getreide stark in die Höhe treiben. Die Einkäufer, die auf Provision angestellt seien, würden kein Interesse daran haben, billig einzukaufen, da sie sich ja sonst ihr Einkommen schmälern würden. Man müsse vielmehr befürchten, daß sie, um höhere Einnahmen zu erzielen, von selbst höhere Preise bieten werden. Sie wählten ja, was sie der

Reichsgetreidestelle bieten könnten. Nach Informationen, die ihm zugegangen seien, solle ja die Einkaufsstelle der R.G. so generös gewesen sein, den Händlern auch für solche Einkäufe Provisionen zu zahlen, die von der Einkaufsstelle selbst getätigt worden seien.

Käppler wendet sich scharf gegen die Anbiederungsversuche einiger Herren der R.G. bei verschiedenen großen Getreidefirmen, obgleich diese doch bewiesen hätten, daß sie an Skrupellosigkeit in Sachen der Preisstreibererei und des Reitenhandels nicht zu überbieten seien. Er fragt die R.G., was sie mit jenen Getreidefirmen gemacht habe, die mit einer Schiffsladung von 43 000 Tonnen Inlandsroggen einen geradezu tollen Kettenhandel

getrieben hätten. Der Dampfer „Globus“, unter Leitung eines Kapitäns von Appen, habe diesen Inlandsroggen von Königsberg nach Bremen gebracht und in keinem Kennossement nachgewiesen, daß die Ladung einmal den Besitzer gewechselt hat, ehe sie in die Hände der Reichsgetreidestelle kam. Die Chronologie dieses Besitzwechsels sei folgende: 1. Getreide-Kommission S. m. b. H., Königsberg, 2. Getreide-Kommission S. m. b. H., Berlin, 3. Bloch u. Enoch, Berlin, 4. Louis Bohnst, Berlin, 5. Kurt Kranz, 6. Bloch u. Enoch, Berlin, 7. Julius Bitt, Berlin, 8. Gebr. Weismar, Berlin, 9. Hans Behmad, Berlin, 10. Kurt Kranz, 11. Bloch u. Enoch, Berlin. Die Firma J. Kurt Kranz habe die Ladung zweimal, die Firma Bloch u. Enoch sogar dreimal befallen. So wuchert der ehrbare Handel mit dem unentbehrlichsten Lebensmittel des Volkes.

Und die Regierung?

Die Reichsgetreidestelle war nicht in der Lage anzugeben, daß sie die acht Kettenhändler sofort dem Staatsanwalt angezeigt habe. Das Kennossement hat doch der Reichsgetreidestelle vorgelegen, als sie die Schiffsladung übernahm. Daraus erfah sie doch auch den tollen Kettenhandel. Sie müßte das sofort zur Anzeige bringen und demzufolge in der Lage sein, auch sofort auf die Anfrage unseres Redners antworten zu können. Aber das konnte sie nicht! Mehr wie 1 1/2 Stunden waren seit der Fragestellung vergangen, als der Vorsitzende den Leiter der Reichsgetreidestelle ersuchte, auf die von Käppler gestellten Fragen zu antworten. Aber von dort wurde gesagt, die Sache müsse erst untersucht werden.

Wir werden natürlich genaue Auskunft verlangen, um so mehr, als, so unglücklich es auch klingen, so wahr ist es doch, die Reichsgetreidestelle gerade mit einem Teile dieser Kettenhändler in Unterhandlungen steht, um sie für die Beschaffung der Getreidereserve heranzuziehen.

Käppler wandte sich dagegen, daß eine Getreidereserve aus Inlandsgetreide geschaffen werde. Wohl müsse man für zeitlichen und örtlichen Ausgleich, und um erforderlichenfalls der Preisstreibererei zu steuern, eine solche Reserve haben, aber sie könne viel geringer sein wie 3 1/2 Millionen Tonnen, und sie müsse

ausschließlich aus Auslandsgetreide

bestehen. Die Auffüllung der Reserve auch aus Inlandsgetreide würde nur dazu führen, daß der Reichsgetreidestelle das minderwertigste Getreide zu Marktpreisen angeboten werde, während das gute auf dem freien Markt zum Verkauf komme.

Die Agrarier wandten sich in der Hauptsache dagegen, daß die Getreidereserve auch gegen Preissteigerungen eingesetzt werden soll. Der Ernährungsminister Dr. Lutter ging in seiner Rede auf die verschiedenen Argumente der Generaldebatte ein, ohne wesentliche Abweichungen seiner Auffassung hervorzuheben. Wichtig war, daß er der Meinung Ausdruck gab, die Verbilligung des Brotes solle nach dem neuen Gesetz nur denen zuteil werden, die nichts erwerben. Seinen Informationen nach sollen 7,2 Millionen Menschen in Betracht kommen.

Anfrage über die Technische Nothilfe.

An die Reichsregierung ist im Reichstag folgende Anfrage gestellt worden:

1. Ist der Reichsregierung bekannt, daß der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einem Auftrage des im Juni 1922 in Leipzig stattgefundenen 11. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands folgend, im Oktober 1922 Regeln für Streiks in gemeinnützigen Betrieben aufgestellt und die angeschlossenen Gewerkschaften verpflichtet hat, ein Verzeichnis für Notarbeiten, die bei Arbeitsunterbrechung in gemeinnützigen Betrieben auszuführen sind, aufzustellen?
2. Ist der Regierung bekannt, daß auf Grund dieses Beschlusses bereits mehrere Gewerkschaften ihre Mitglieder seltungsgemäß zur Ausführung bestimmter in einem besonderen Verzeichnis vorgesehener Notarbeiten verpflichtet?

3. Ist die Reichsregierung in der Lage, über die Verwendung der Technischen Nothilfe seit 1. Januar 1923 nähere Auskunft zu geben, und zwar über a) die Zahl der Fälle, in denen die Technische Nothilfe zur Anwendung eines drohenden oder zur Beseitigung eines bereits eingetretenen Notstandes eingesetzt wurde, b) die Orte und Betriebe der Betriebsabteilungen, in denen der Einsatz der Technischen Nothilfe erfolgt ist, c) den Umfang und die Dauer des Einsatzes, d) den Anlaß der ArbeitsEinstellung?

4. Ist der Reichsregierung bekannt, a) in wieviel Fällen und in welchen Orten und Betrieben die ArbeitsEinstellung auf Beschluß oder im Einverständnis und unter Führung der zuständigen oder im Betrieb vorherrschenden Gewerkschaft erfolgte, b) in wieviel Fällen und in welchen Orten und Betrieben die ArbeitsEinstellung ohne Beteiligung oder gegen den Willen der zuständigen Gewerkschaften erfolgte?

5. Ist die Reichsregierung bereit, auf der Grundlage des unter 1. erwähnten Beschlusses mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eine Vereinbarung mit dem Ziele der Abschaffung der Technischen Nothilfe zu treffen?

Die Anfrage trägt die Unterschrift folgender sozialdemokratischen Abgeordneten: Breunig, Kuhhäuser, Brandes, Bender, Janschel, Schmidt (Cöpenick) u. a.

„Von Souverän zu Souverän.“

München, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am dritten Verhandlungstage in dem Hochverratsprozeß wird der tschechische Staatsangehörige Munk vernommen. Es handelt sich hauptsächlich um den Nachweis, ob Munk tatsächlich um die Pläne der Fuchs und Nachhaus gewußt und dieselben gefördert hat dadurch, daß er seine Beziehungen zu hohen tschechischen Staatsbehörden dazu verwendete, um eine baldige Aktion zum mindesten eine wohlwollende Neutralität der Tschechoslowakei zu erreichen. Dem Angeklagten gelingt es, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bis auf wenige Einzelheiten zu entkräften. Die Zeugenausagen müssen hier noch weitere Klärung bringen. Von den Ausagen des Munk, der in einem dem ehemaligen Kronprinzen Rupprecht sehr nahestehenden Kreis verkehrt, ist folgender Ausspruch des Wittelsbacher Spröhlings von Interesse: „Im Stadium einer abwärtsgehenden Wirtschaft ist für eine Monarchie kein Platz.“

Hierauf wird in die Zeugenvernehmung eingetreten und zunächst der Hauptbelastungszeuge, auf den sich die ganze Anklage stützt, der Major Mayr, gehört. Er schildert an der Hand genauer Aufzeichnungen seine ganzen Beziehungen und Einblicke in den Verschönerer und betonte, daß es ihm vor allem auf die Aufdeckung der Beziehungen der Verschönerer nach Frankreich hin angekommen sei. Dies gelang ihm auch vollständig, und in der Hauptsache ist es das Verdienst dieses Zeugen, daß dieser gefährliche Hochverrat keine praktische Auswirkung hatte. Die Polizei und die übrigen Behörden waren bis zum letzten Moment von all diesen Dingen vollständig ahnungslos. Die Angaben dieses Zeugen sind im allgemeinen schon aus der Anklageschrift des Staatsanwalts bekannt. Besonderes Interesse beansprucht eine Aussage, die dem Zeugen von dem Angeklagten Fuchs gemacht und von Richter bestätigt wurde. Danach sei Fuchs bereits im Frühjahr 1922 in Paris gewesen, habe eine Unterredung mit Coucheur gehabt unter ausdrücklicher Billigung von Poincaré, wobei es sich um eventuelle französische Zugeständnisse an Bayern gehandelt habe bei einer Zertrümmerung des Deutschen Reiches durch eine bayerische Aktion. Fuchs sprach dabei von einer „Mission von Souverän zu Souverän“, wobei gemeint war: Rupprecht, Wittlerand. Was an diesen Angaben Wahres ist, muß erst die weitere Verhandlung ergeben. Der Zeuge bestätigt zum Schluß seiner Angaben, daß der Minister des Innern, Schöner, und die Münchener Polizeidirektion von der Anwesenheit Richters in München, und zwar in der Wohnung des Nachhaus, rechtzeitig und genauestens verständigt waren, aber eine Verhaftung des Franzosen Richter ablehnten mit der Begründung, die Verhaftung unterbleibe zunächst aus innerpolitischen Gründen. Richter werde man später von neuem nach Bayern herüberlocken. (1) Wie schon früher erwähnt, suchte Richter auch bereits am Morgen des 21. Februar früh 5 Uhr, in einem Kraftwagen das Weite.

Alltagsmärchen.

Von Iris

Es war einmal ein feines Auto. Man sah ihm die Eleganz und die einzigartige Geschäftigkeit seines Besitzers und des von ihm infizierten Chauffeurs schon von weitem an. Wie ein Gigant war es anladert. Es hatte sozusagen Lackdreh als Arbeitsgewand — tipptopp.

Tü-tü! schrie es und staute die Passanten zu Zäunen des Schreckens an den Straßenrändern.

Luftig war es, wie die Menschen rannien, wenn es kam! Was ruzen sie auch so laut. Rennen, reanen, immer rennen muß man, bis die Junge aus dem Schlund hängt — der Beweis des Fleisches.

Tü-tü! quetschte das Autochen spöttisch und wütend, wenn es zgrreiraste, schüttelte eine Fiat Goffenmacher in die langweilige Wagenchar und neckte sie mit einer dicken, stidenden Schwanzstrudwolke. Dazu kam noch ein Parfum, ein Parfum. . .

Es war eben ein Muster von einem Auto.

Und einmal fuhr es eine alte Frau um, machte einen sinken hops nach der Seite und raste weiter, kniff einfach vor dem schweren Stöhnen seines Opfers und dem Schellen der herbeispringenden Helfer aus, elegant und eilig, eilig, eilig — tipptopp, ein Muster von einem Auto.

Und dann war da nur noch ein dunkelroter Blutstet auf dem Straßenpflaster. Ein Stempel für die großartige Geschäftigkeit eines autobesitzenden Menschen.

Es war einmal ein armer Mann. Die bittere Not sah ihn jeder schon von weitem an. Wie ein Sorgenbündel war er zusammengeklappt, und seine Jacke glänzte vor heller Freude, weil er ihr so fern war.

Thü-tü . . . pffir er sich eins, wenn er zur Arbeit ging, ganz leise, damit die Sorge nicht denken sollte, er fühle sich wohl. Und einmal trabte ein Käfer auf seinem Wege, strampelte mit sämtlichen Beinchen und konnte nicht mehr auf die richtige Seite kommen.

Hops — machte der Mann und stieg drüber weg. Die Sonne brannte wie Feuer. Er dachte an sein Jüngstes, wenn es strampelnd auf dem Rücken lag.

Und er dachte an den Käfer. Wenn der Loß seiner tot trag! Und die Sonne mußte ihn förmlich rösten!

Sein Schritt wurde langsamer. Er blieb stehen und sah sich um. Es war ihm so, als wenn sein Jüngstes dort strampelte und in Gefahr schwebte, zerirenen und gebraten zu werden.

Thü-tü . . . er setzte wieder um. Die olle Mutter Erde wird wohl ihre Käfer genau so lieb haben wie ein Mensch seine Kinder. Und ein Käfer hat seine Beine, daß er auf dem Bauche kriecht. Und wenn ein Lebewesen mal vor Schreck auf den Rücken fällt, muß man zugreifen.

Wiso — da war die Stille.

Wo, das Käfervieh hatte sich selber umgedreht und war abmarschiert.

Bhü-tü . . . der Mann pfeift sich eins und geht zum dritten Male den sengenden Sonnenweg. Er hat gar nicht beachtet, wie weit der ist. Jetzt ist der rote Stempel auf der Kontrollkarte seiner Fabrik grinsender hoch: Zu spät, zu spät gekommen!

Und man wird ihm Lohn abziehen — und wenn's auch nur eine einzige Viertelstunde ist, und der Ingenieur wird toben, und der Obringenteur wird die Köpfe heben.

Denn auf der Zeitkarte ist eine falsche Ziffer. Ein Stempel für die unerhörte, pflichtvergessende Unpünktlichkeit eines arbeitenden Menschen.

Höderlin bei Schiller. Der große Dichter Höderlin, der nach 37jähriger Geisteskrankheit heute vor 80 Jahren starb, war eine Zeitlang Hauslehrer des Sohnes der Charlotte v. Raib, der Freundin Schillers und Jean Pauls. Durch ihre Vermittlung wurde er mit Schiller bekannt, und in einem Briefe, der im letzten Bande der großen Höderlin-Ausgabe (Propyläen-Verlag) veröffentlicht wird, schildert Höderlin den ersten Besuch, den er dem von ihm über alles verehrten Dichter in Jena machte. „Auch bei Schiller“, heißt es da, „war ich schon einige Male, das erstemal eben nicht mit Glück. Ich trat hinein, wurde freundlich begrüßt und bemerkte kaum im Hintergrund einen Fremden, bei dem keine Miene, auch nachher lange kein Laut etwas Besonderes ahnen ließ. Schiller nannte mich ihm, nannte ihn auch mir, aber ich verstand seinen Namen nicht. Raib, fast ohne einen Blick auf ihn, begrüßt ich ihn und war einzig im Innern und Außen mit Schiller beschäftigt. Schiller brachte die „Thalia“, wo ein Fragment von meinem „Hyperion“ und mein Gedicht an das Schicksal gedruckt ist, und gab es mir. Da Schiller sich einen Augenblick darauf erniederte, nahm der Fremde das Journal vom Tische, blätterte neben mir in dem Fragment und sprach kein Wort. Ich fühlte es, daß ich über und über rot wurde. Hüt! ich gemerkt, was ich jetzt weiß, ich wäre leidendlos geworden. Er wandte sich darauf zu mir, erkundigte sich nach der Frau v. Raib, nach der Gegend und den Nachbarn unseres Dorfs; und ich beantwortete alles so einfältig, als ich selten gemohnt bin. Aber ich hatte einmal meine Unglücksstunde. Schiller kam wieder, wir sprachen über das Theater in Weimar, der Fremde ließ ein paar Worte fallen, die gewichtig genug waren, um mich etwas ahnen zu lassen. Aber ich ahnte nichts.“ Erst später erfuhr er, daß der Fremde Goethe gewesen war.

Ein Zukunftsabld. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo Flugzeuge, Züge und Straßenbahnwagen durch elektrische Wellen betrieben werden. Die von den Robiostationen ausgesandten Energien werden dann die Stelle des Diesels und der Kohle einnehmen. Dieses faszinierende Zukunftsabld. erstarrte Professor Hugh S. Taylor vor der American Electrochemical Society. Gewiß bemerkte der Vortragende, daß der Gebrauch von drahtlosen Energien für wirtschaftliche Zwecke noch keine Wirklichkeit geworden sei; aber wenn die jetzt erfundenen Vorrichtungen vervollkommen würden, dann würde es möglich sein, elektrische Kraft mit einer Sekundengeschwindigkeit von 185 000 Meilen durch die Luft zu jagen und damit alle Maschinen in ausgiebigem Maße zu versorgen. Große Flugzeuge, die jetzt so viel schwere Maschinen und Brennstoffe mitschleppen müssen, sondern viel mehr Fahrgäste als heutzutage be-

fördern können. Tausende von Wohnungen würden drahtlos geheizt werden. Automobile würden fahren können, ohne die Straßen mit ihrem Gestank anzufüllen, und gewaltige Ingenieurarbeiten würden sich wie spielend durch die Verbindung mit einer entfernten Sendestation ausführen lassen. Dabei sind Kraftübermittlungen ohne Zwischenträger durchaus nichts Neues. Die gewaltigste Kraft, die Kraft der Sonne, laßt durch unendlich große Räume auf den Schwingen des Lichts zu uns. Man braucht nur die Sonnenhitze zu sammeln, die jetzt täglich auf die Tropen herunterrennt, um mit Leichtigkeit Dampf zu erzeugen und damit die Kraftstationen versorgen zu können. Ist das gelungen, so schloß Professor Taylor, so wird es auf der Welt angenehmer zu leben sein.

Zweifelloos. Man weiß nur leider nicht, wann dieses schöne Zukunftsbild Wirklichkeit werden wird. Darum raten wir unseren Leserinnen, sich nicht mit Sicherheit darauf zu verlassen, daß schon im nächsten Winter die tropische Sonnenwärme für Berlin nutzbar gemacht werden wird, sondern sich auf alle Fälle ihre Kohlenarten noch besorgen zu lassen.

Ein nasser Versuch. Der japanische Arzt Kojima in Tokio hat zu Versuchszwecken etwa 2000 reife Eier des Spulwurms Ascaris lumbricoides verschluckt, um die Wanderungen der Larven festzustellen. Tatsächlich traten Kopfschmerzen, Fieber, Nervenbeschwerden auf, dann eine Augenentzündung. Im Auswurf wurden dabei Larven festgestellt. Eine andere Versuchsperson verschluckte Eier des Schweinepulwurms (Ascaris suilla) mit dem Ergebnis, daß für letzteren der menschliche Körper einen weniger geeigneten Boden darstellt als für ersteren.

Arbeit nach Kalorien. In Amerika hat man, wie die „Linschau“ mittelt, neuerdings versucht, die Arbeitsleistung in Kalorien auszuwerten. (Journ. American medical Assoc. 1923, 3). Danach erfordert Holzsägen eine erhebliche Menge, nämlich eine Feuerung von 6000 Kalorien täglich. Vollständige Ruhe erfordert nämlich 60 Kalorien (= 1 pro Kilogramm rund). Beim Nähen kommt hierzu ein Zuschlag von 10—15 Proz., beim Geschirrwaschen, Maschinenfäden und Plätten von 20 und mehr Prozent pro Stunde. Spähen pro Stunde 65 Proz. Nach den Untersuchungen Longworths stellt Stricken, Stopfen und Nähen möglicher Energieforderungen als Waschen und Bügeln. Für diese Berechnungen ist lediglich die aufgewandte Energie eingesetzt. Faktoren, wie Sihen in einer bestimmten Stellung, die Monotonie der Arbeit sind außer acht gelassen.

Iranien. Prof. Franz Goresk wird anlässlich der Tagung der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft am 8. abends 8 1/2 Uhr, einen Vortrag über Golland mit farbigen Lichtbildern und Filmen halten.

Kunstheraus. Die Juni-Ausstellung, die am 10. eröffnet wird, beinaht Gemälde, Skulpturen und Plastiken aus der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft.

Die Kaiserliche Richard Alexander's sind nach Berlin gebracht worden und werden Sonntagabend auf dem Jerusalemer Kirchhof beigelegt werden.

Eine deutsche Vorkundstellung. Die Kaiserliche Reichsanstalt, Berlin, hat eine Abteilung „Das schöne deutsche Buch“ errichtet, die die Ziele in der Buchkunst zu erforschen wird.

Deutschnationale Jugendvergiftung.

Alle Beteuerungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, mit den deutschvölkischen Bestrebungen nichts gemein zu haben, täuschen nicht darüber hinweg, daß der D.N.V. zu den Organisationen gehört, die den Geist der Rordpropaganda fördern. Erst lechzt ist wieder bei der Untersuchung über den Ueberfall auf den sozialdemokratischen Landeshauptmannsstellvertreter Dr. Gruner festgestellt worden, daß von den vier daran beteiligten Nordbuben zwei Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gewesen sind. Am bedauerlichsten aber ist es, daß schon innerhalb der Jugendgruppen des D.N.V. der Geist der Gewalt gepflegt wird. Wir entnehmen darüber einem Bericht aus Frankenbergr in der „Chemnitzer Volksstimme“ folgendes, in dem es heißt:

„Nachdem bekannt geworden war, daß die Jugendgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ihren Gaultag hier abhalten wollte, hatte sich auch eine Anzahl Arbeiter und ein Teil Kommunisten aus der Umgebung eingeschrieben, um die Aufmachung zu besorgen. Diese war sehr nach militärischem Muster. Als die „Wanderzüge“ aus der Kirche kamen, setzten die Kommunisten die Durchsuchung derselben nach Waffen durch. Tatsache ist, daß bei diesen sonderlichen „Christen“, obwohl der Kirchgänger von ihrem Gauleiter mit im Programm aufgeführt war, bei der Durchsuchung durch den Ortsgruppenleiter, den Gemeindevorstand, einen Polizeikommissar aus Chemnitz, den Leiter der Jugendgruppe und einigen Führern der Arbeiterkassen nicht etwa Gebetsbücher gefunden wurden, sondern den jungen Leuten wurden fünf Dolche, ein Seltenes Gewehr und ein Gummitüppel durch den Ortsgruppenleiter abgenommen. Nach dieser Durchsuchung fand eine kurze Besprechung im Gemeindevorstand statt. Hakenkreuze wurden auch einige gefunden. Der Leiter dieser Jugendgruppe erklärte in der Besprechung, daß er seinen Gaultag sofort abbrechen werde und seine Leute nach dem Eisen zum Abmarsch auffordere.“

Diese Feststellungen beleuchten den Geist, der in den Reihen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes herrscht. Diese sogenannte Gewerkschaft vergiftet schon ihre jugendlichen Mitglieder mit dem nationalistischen Rordgeist.

Untersuchungsausschuß und Goldkredite.

In der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der gegen die Reichsbank gerichteten Treibereien führte zu der Frage der Goldkredite Genosse Herz aus: „Kredite bestimme von der Reichsbank doch nur ein kleiner Kreis der Wirtschaft. (Bekannter Wäcker, namentlich der Abg. Dr. Hefflerich und Dr. Dernburg, Rufe: Feder! Auch die Genossenschaft!) Außerdem, so führte Dr. Herz aus, sei der Disposition der Reichsbank viel niedriger als der anderer Bankinstitute. Der Reichsbankkredit gewähre also erhebliche Vorteile und spiele deshalb eine besondere Rolle. Der Redner weist darauf hin, daß der Dollar z. B. in der Zeit vom 21. Januar 1922 bis zum 16. Mai 1923 um das 24-fache gestiegen ist, nach den Angaben der „Frankfurter Zeitung“ jedoch Baumwolle auch auf das 28-fache und Kupfer auf das 36-fache. Wer also im Januar 1922 den Gegenwert von 100 000 Dollar in Papiermark bei der Reichsbank geliehen hat, der habe am 17. Mai 1923 einen Ueberfluß von 335 000 Dollar oder einen Reingewinn von 154 Millionen Mark gehabt, der sich lediglich um den Diskontsatz von vielleicht 200 Millionen Goldmark ermähige. In die Erklärung der Sachverständigen, daß solche Kredite nicht gegeben werden, sagte Genosse Herz Zweifel. Wer zur Finanzierung eines Getreidebedarfes 100 000 Dollar braucht, dem werde dieser Betrag doch in Mark zur Verfügung gestellt. Das Endergebnis sei aber dasselbe. Deshalb der starke Andrang nach Krediten der Reichsbank, deshalb die große Geldfülle!“

Die Reichsbank habe der Spekulation erst die Mittel in die Hand gegeben, um die Stützungsaktion zu unterbrechen.

Der Herr Reichsbankpräsident hat vorhin mir gegenüber in einiger Erregung gesagt, man müsse Vertrauen zu den Kaufleuten haben. Herr Präsident, befinden Sie sich damit nicht im Widerspruch mit Ihrer Erklärung über die Ursachen des Zusammenbruchs der Stützungsaktion? Sie haben doch mit Ihren Versicherungen im Ausschuß der Reichsbank noch Ihren Erklärungen keinen einzelnen gemeint, sondern die allgemeine Wirtschaft. Sie haben dadurch ein allgemeines Mißtrauen gegenüber der Reichsbank zum Ausdruck gebracht, daß jeder nur an sich dachte und nicht an die Allgemeinheit. Darin finde ich einen unauflösbaren Widerspruch.

Der Demokrat Dernburg versuchte wieder von dem Verhandlungsgegenstand abzulenken, indem er über die Schuld außenpolitischer Umstände an dem Scheitern der Stützungsaktion sprach. Demgegenüber betonte Genosse Schmidt: Die Feststellungen des Abgeordneten Dr. Dernburg dürfen nicht als Feststellungen des Ausschusses aufgefaßt werden. Wenn auch das Ausland bei der Sache stark mitgewirkt hat, so ist es doch unsere Aufgabe, zu prüfen, wie weit auch deutsche Kreise in derselben Richtung am Werke sind. Die Ursache: „Wer die Mark behält, ist der größte Feind“, kennzeichnet ja das gefährliche Treiben. — Auf weitere Fragen hält der Reichsbankpräsident Hagenstein die Vermehrung der Handelswechsel für natürlich.

Endkampf an der Ruhr?

Eberfeld, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Am Mittwoch wurde das Oberpostdirektionsgebäude in Dortmund besetzt. Der Telephonverkehr mit Dortmund ist gesperrt. Es ist anzunehmen, daß die Besetzung einen wesentlichen Bestandteil der neuen französischen Besatzungsaktion bildet.

General Béralin, den die französischen Soldaten infolge seiner ungeheuer blutigen Opfer anlässlich der Erschießungen in Solissons während der Offensive am Chemin-des-Dames den „Blutkaiser“ nennen, ist in Dortmund eingetroffen. Man nimmt hier allgemein an, daß der gemäßigtere Degoutte von Béralin verdrängt worden ist; damit hätte die radikale Richtung über den rein militärischen Standpunkt gesiegt. Aus anderen Orten, besonders aus den Orten an der Mittelmeere, wird energischeres Vorgehen der französischen Ortskommandanten gemeldet.

Münster, 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Stadtoberverwaltung in Dortmund ist ein Befehl des kommandierenden Generals der III. Armeeabteilung in Ostrop zugegangen, in dem den für die Umzäunung aufgegebenen Schutzleuten verboten wird, sich nach ausswärts zu begeben. Dieser Befehl soll wie folgt verstanden werden: Die reguläre deutsche Polizei in Uniform darf sich nur im Innern der Städte oder der Kemter bewegen. In der Zone der Division gibt es drei Städte und sechs Kemter, die zusammen neun Zonen bilden. In dieser Zone hat nur die betreffende Polizei Bewegungsfreiheit.

Reutved, 6. Juni. (W.T.B.) Am Sonntag besetzte eine Abteilung von 150 Mann französischer Truppen, die von Diez an der Ruhr kamen, die Krupp'sche Herzmanshütte bei Reutved sowie die Krupp'sche Hütte in Wühlhofen bei Cagers. Gleichzeitig traf von Koblenz ein französischer General ein, der erklärte, die Hütte sei zur Einziehung von 20 Millionen Mark an Rohstoffeuer besetzt worden, die die Firma Krupp in Eisen nicht bezahlt habe. Sollte die Bezahlung nicht erfolgen, so würde die Hütte veräußert werden.

Der Landtag behandelte gestern den Fortschuß und den Etat der Gesundheitsverwaltung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Weiterberatung: Donnerstag 12 Uhr.

Strafgerichtsreform und Amnestie.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde das Weingesetz ohne Erörterung dem Steuerauschuß überwiesen. Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zur

Neuordnung der Strafgerichte

(Berufung gegen Strafammerurteile, andere Gestaltung der Schöffengerichte und Schwurgerichte usw.).

Abg. Dr. Radbruch (Soz.)

trifft Einzelheiten der Vorlage. Dem Amtsrichter, dem Einzelrichter wird wahrscheinlich in erster Instanz vom Staatsanwalt die Mehrheit aller Strafsachen überwiesen werden. Zum Trost verweist die Begründung auf die zweite Instanz, wo die Laien überwiegen. Aber was in der ersten Instanz verdoeben ist, kann in zweiter nur sehr selten wieder gutgemacht werden. Die Strafsache darf nicht zur Aufschubinstanz für minder befähigte Richter werden. Die Urteilsgründe brauchen nicht sämtlich schriftlich fixiert zu werden. Die Befugung der großen Schöffengerichte allein tut es nicht, die Hauptsache ist der Gang der Verhandlung. Das Element muß weiter verstärkt werden. In das Schwurgericht bindet uns keine Mentalität wie die bürgerliche Demokratie. In politischen wie nichtpolitischen Fragen haben die Schwurgerichte in letzter Zeit wiederholt versagt. Denken Sie u. a. an die Fälle Hachenbach und Hardent. Wir betrachten die Schwurgerichte lediglich als juristisches Instrument. Auf die Berufung gegen Schöffengerichte darf nicht verzichtet werden. Ganz verfehlt ist die Art, wie nach dem Entwurf Schöffen und Geschworene ausgewählt werden. Trotz der Verhältniswahl entscheidet im Ausschuß doch die Mehrheit. Dadurch kommt man zu keiner Entpolitisierung der Rechtspflege. Uns genügt dieser Entwurf nicht, er bringt uns nur Halbheiten, womit das Vertrauen in die Rechtspflege nicht wiederhergestellt wird. Ich für meine Person lehne die Vaterchaft für diesen Entwurf entschieden ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Heinze:

Die Grundlagen der Vorlage, wenn sie auch in manchen wesentlichen Punkten geändert sind, beruhen auf der Arbeit meines Amtsvorgängers. Es geht finanzielle und juristische Rücksichten gegeneinander abzuwägen. Aufgabe der Spezialberatung wird es sein, die vorhandenen Bedenken zu zerstreuen und widerstrebende Interessen zu versöhnen. Ich habe die berechnete Erwartung, daß mit Berücksichtigung dieser Vorlage auch die bayerischen Volksgerichte am Ende ihrer Wirksamkeit sein werden. Für die deutsche Justiz ist es nicht erträglich, daß über wichtige, vielleicht über die wichtigsten Rechtsfragen nicht die gleichen Organisationen entscheiden. (Beifall.)

Abg. Warmuth (Draht): Es fragt sich, ob durch diese neue Regelung Ersparrnisse gemacht werden können. Der Richter wird auch mehr Zeit beanspruchen, weil er die Schöffen informieren muß. Es kann sein, daß die Prozesse verlangsamt werden, und das würde keineswegs vorteilhaft sein. Gewiß bedürfen wir der Laienrichter, aber die Zurückziehung des Parteielements muß doch mit gewissen Beschränkungen erfolgen. Fehlertelle schärfster Art sind durch die Schwurgerichte vorgekommen. Das Verfahren muß deshalb verbessert werden. Aber eine Berufung dagegen hat keinen Sinn, denn man kann doch über die Tatfrage nicht ein zweites Mal von einem anderen Schwurgericht entscheiden lassen.

Abg. Düringer (D. Sp.): Der Entwurf wird auch die bayerischen Volksgerichte, den Stein des Anstoßes, beseitigen.

Abg. Schilling (Dem.): Schon in Weimar habe ich namens meiner Partei eine stärkere Demokratisierung der Rechtspflege verlangt, die diese Vorlage verwirklicht. Das Verhängnis unseres Volkes war die zunehmende Trennung zwischen Volk und Staat, die sich namentlich in der Rechtspflege geltend machte. Die jetzige Trennung zwischen Richteramt und Geschworenentum ist unhaltbar. Reichlich, gänzlich darf die Rechtspflege nicht in Laienhände gelegt werden. Die Schöffengerichte haben sich im allgemeinen so bewährt, daß man ihre Aufhebung nur begründen kann.

Abg. Dr. Bell (S.): Der Entwurf bringt doch große Fortschritte. Der Entwurf will bei Mängeln der Schwurgerichte ernstlich Abhilfe schaffen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Gamminger (Wart. Sp.): Der Entwurf bringt ausgezeichnete Fortschritte. Wir werden gern an seiner Ausgestaltung im Ausschuß mitarbeiten. (Beifall.)

Abg. Dr. Herzfeld (Komm.): Nach diesem Entwurf kann der Staatsanwalt eine Strafsache, für die er nur eine Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis erwartet, dem Einzelrichter des Amtsgerichts übergeben, und dieser kann die Sache nur an das Schöffengericht weitergeben, wenn er eine höhere Strafe für angemessen hält. Danach werden also Strafsachen von einem Richter ohne jede Zuziehung der Schöffen abgeurteilt werden. Bei Vergehungen, Vergehen bei den politischen Unruhen, Vergehen gegen das Republikanengesetz wird in den meisten Fällen nicht mehr als ein Jahr Gefängnis in Frage kommen, und alle diese Fälle sind dem Amts-

gericht überlassen. Auch die Abtreibungsprozesse werden vor den Einzelrichter ohne Schöffen kommen. Die Berufung ist nur ein Scheinrecht, denn in der Berufungskammer sitzen nur zwei Laien, zwei Kleinbürger, zwei Juristen, neben drei gelehrten Richtern. Das Schwurgericht dieser Vorlage hat nichts mit dem Schwurgericht, wie wir es wünschen, nichts mit der Idee des Schwurgerichts zu tun, denn die Schöffen des Schwurgerichts werden ebenfalls nur den drei gelehrten Richtern folgen. Die bayerischen Volksgerichte werden nach dieser Vorlage aufgehoben werden; gemäß die Bayern brauchen ihre Volksgerichte nicht mehr, wenn dieser Entwurf Gesetz wird. Wir erblicken darin ein Gesetz für Klassenjustiz und werden alle Mittel anwenden, um sein Zustandekommen zu verhindern. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der Gesetzentwurf wird an den Rechtsauschuß überwiesen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsauschusses über die zum Haushalt des Justizministeriums gestellten

Amnestieanträge,

darunter einen Antrag der Kommunisten auf allgemeine Amnestie und Anträge der Demokraten sowie der Sozialdemokraten betr. Amnestierung der am Eisenbahnstreik beteiligt gewesenen Beamten.

Der Rechtsauschuß (Berichterstatler Abg. Leutheuser (D. Sp.)) hat den kommunistischen Antrag abgelehnt. Schließt dagegen eine Entschließung vor, in der der Reichstag die Erwartung ausspricht, daß in den einseitigen Disziplinarverfahren auf unbillige Miße und auf wehrerliche Ausübung des Begründungsrechts hingewirkt wird.

Damit sind die anderen Amnestieanträge erledigt.

Ferner schließt der Auschuß folgende Entschließung vor: „Die Reichsregierung wolle mit künftiger Bekräftigung ermögen, durch welche organisatorischen und finanziellen Maßnahmen das Reichsgericht entsprechend seiner Würde als höchster Gerichtshof der Republik gehoben werden könne, und ferner schlußendlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilsachen mit der Geldbewertung einigermaßen in Einklang gebracht wird.“

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.):

Wir hätten gewünscht, daß aus dem Auschuß etwas mehr herausgekommen wäre für die, welche noch immer wegen politischer Vergehen im Gefängnis schmachten. Auch die Barone an der Ruhr bedürfen einer neuen Amnestie. Wir himmen der Auschussentscheidung zu, wünschen aber eine andere Fassung, namentlich auch, um auf die Bayern einen Druck auszuüben. Wir wünschen eine Begründung auch aller der Eisenbahner, die noch aus der Zeit des Eisenbahnstreiks befreit sind oder unter einem Disziplinarverfahren stehen. Der Justizminister hat in seiner Rede in Hamburg nach dem Bericht der „Kreuzzeitung“ gesagt, der Deutschen Volkspartei würden die Deutschnationalen immer noch am nächsten, d. h. also die Partei der Monarchisten. In einer anderen Rede hat der Minister nach der „Völkischen Zeitung“ von dem guten Geist im alten Deutschland gesprochen. Ich hoffe, daß der Minister der Republik sich dazu äußern wird. Wir müssen ferner immer wieder darauf hinweisen, daß in Bayern Kommunisten aus politischen Gründen seit vier Jahren im Gefängnis gehalten werden, ohne daß sich eine Hand zu ihrer Befreiung rührt. Den furchtbaren Hachenbach-Prozess werden wir in einer besonderen Besprechung behandeln. Wir stellen aber heute den Antrag, daß die seit 1919 wegen politischer Vergehen in Haft befindlichen Personen amnestiert werden.

Der Ausführungen des Abg. Dr. Herzfeld (Komm.) nimm!

Justizminister Dr. Heinze

das Wort: Zu der Forderung der Begnadigung der im Jahre 1919 Verurteilten kann ich nur darauf hinweisen, daß das Gnadenrecht Sache der Einzelstaaten ist. Speziell Bayern ist aufgefordert worden, daß seine Justizhoheit vollkommen gewahrt werden soll. Infolgedessen muß die Reichsjustizverwaltung außerordentlich zurückhaltend mit einem Druck auf Bayern sein. Wir dürfen in die bayerische Justizhoheit nicht eingreifen und auch nicht den Schein erwecken, als wollten wir eingreifen. Bezüglich der wegen des Eisenbahnstreiks Verurteilten kann ich mitteilen, daß die große Anzahl der Verurteilten bereits begnadigt ist. Ein Teil der Verfahren konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Reichsregierung sucht das gegebene Versprechen voll einzulösen und wird möglichst Miße wälten lassen. Wenn ich auf meine politische Parteistellung hin angedeutet worden bin, so erkläre ich, daß ich auf dem Boden der Deutschen Volkspartei stehe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.): Doch ein Minister der Republik sich zum Monarchismus bekennen, widerspricht doch der Auffassung, die man von einem republikanischen Minister haben muß.

Die Auschussentscheidungen werden unter Ablehnung sozialistischer Anträge angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Interpellation der Sozialdemokraten betr. Teuerungsmassnahmen.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Die englischen Arbeiter zum Ruhrkampf.

Abn. 6. Juni. (Eig. Drahtber.) Ben Tillet, einer der ältesten Führer der englischen Arbeiterbewegung, weilt sechsen vierzehn Tage im Ruhrgebiet und im Rheinland, um im Auftrag der großen englischen Transportarbeiter-Organisation die durch den Einbruch der Franzosen geschaffene Lage an Ort und Stelle zu studieren. Sein Bericht dürfte, wie uns versichert wird, für die Entscheidung der englischen Arbeiterpartei von großer Bedeutung sein. Ben Tillet war auf seiner Reise noch von zwei anderen Vorstandsmitgliedern der englischen Transportarbeiter-Organisation begleitet. Die Eindrücke, die er im Ruhrgebiet gewann, verstärken die scharfe Ablehnung des französischen Abenteuerers. Darüber gäbe es in der englischen Arbeiterschaft, so versicherte er, keinerlei Meinungsverschiedenheit. Verschiedener Auffassung sei man nur in der Frage der Sicherheiten für Frankreich. Ben Tillet bekannte sich als Gegner jeder Art Loslösung oder einer rheinischen Republik. Auch überzeugte er sich davon, daß eine internationale Gendarmerie unter Völkereindkontrolle des Rechts der rheinischen Bevölkerung auf schwerste beeinträchtigen würde. Er berichtete uns unter anderem von einem längeren Gespräch mit General Degoutte über die Ausweisung der grünen Polizei, die nach der Auffassung der Franzosen eben „Soldaten“ seien. Die englische Arbeiterschaft ist grundsätzlich Anhänger der Kommunalpolizei und Ben Tillet meinte, daß die allgemeine Einrichtung einer kommunalen Polizei den Franzosen in ihrem Kampf gegen die deutsche Polizeigewalt den Boden unter den Füßen wegnehmen würde. Unsere Genossen machten ihm klar, daß Deutschland heute ohne eine schlagkräftige Polizei nicht auskommen könne. Sie von der Staatsautorität überall dort hinzugeworfen werden könne, wo Unruhen entstünden. Mit besonderer Empörung sprach Ben Tillet von der brutalen französischen Ausweisungspolitik. Die englischen Transportarbeiter würden auf Grund seines Berichtes in eine Prüfung darüber eintreten, auf welche Art sie ihre vortrefflich ausgebildete Organisation dazu verwenden könnten, um dem französischen Imperialismus in seinem Kampf gegen das deutsche Volk in den Arm zu fallen. Entscheidungen darüber seien vielleicht schon in nächster Zukunft zu erwarten.

Die Lasten der Privatwirtschaft.

Amlich wird gemeldet: Eine Deputation des Präsidiums und des Vorstandes des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels brachte gestern dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker die Bereitwilligkeit des Großhandels zum Ausdruck in angemessenem Verhältnis zu der übrigen Wirtschaft

Lasten für Reparationszwecke zu übernehmen;

auch bezüglich der Höhe der Lasten müsse die Wirtschaft weitgehend entgegenkommen. Die Befolgung der einzelnen Wirtschaftsprüfung könne nur in gleicher Form vorgenommen werden; eine unterschiedliche Behandlung von Industrie, Landwirtschaft, Banken, Handel und Handwerk sei nicht zweckmäßig. Wenn schon im allgemeinen die Form einer Beteiligung des Reiches an den Unternehmungen schwierig sei, so gelte dies besonders für den Handel, zumal dieser bisher nur in allergeringstem Maße in Gesellschaftsformen betrieben werde. Für die praktische Durchführung müsse die Durchführung der Belastung als Reichsteuer auf gewöhnlichem Wege nach objektiven Maßstäben erfolgen. Die Uebernahme von Lasten durch die Wirtschaft könne nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden.

Es sei allerdings klar, daß die Zahlung der Reparationsbeträge durch die Wirtschaft nur möglich sei, wenn die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft während des Währungsnotstands ganz wesentlich gesteigert werde und dafür die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages genehmigte am Mittwoch das Ergebnis der Verhandlungen, die am Montag und Dienstag mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Anwohler und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden geführt wurden. Zu einer Aussprache kam es über die vom Magistrat Berlin bereits vorgenommene Auszahlung der Löhnerhöhungen. Das Reichsfinanzministerium glaube, wegen dieser unermesslichen Auszahlung an die Arbeiter der städtischen Werke Berlins Kritik üben und darauf die starke Verminderung der übrigen Arbeiterschaft zurückzuführen zu müssen. Der Vorstand des Ausschusses, Gen. Heilmann, trat dieser Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums mit Entschiedenheit entgegen. Durch den Streik in einigen städtischen Werken sei der Magistrat gezwungen gewesen, die Auszahlung sofort vorzunehmen. Hätte der Magistrat das nicht getan, dann wäre Berlin ohne Licht und Kraft gewesen und wahrscheinlich hätten sich aus dieser Laftache weitestgehend höchst unerfreuliche Folgerungen erwandelt.

Gewerkschaftsbewegung

„Maurer — 12 Dollar pro Tag!“

Die industrielle Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten hat auch die Bauwirtschaft in die Höhe gebracht. Regierungsgelände und Private erteilen große Bauaufträge. Allein der Wert der neuen Bauaufträge im Monat März betrug 908 Mill. Dollar, 40 Prozent mehr als im März vorigen Jahres. Da die Einschränkung der Einwanderung Mangel an gelernten Bauarbeitern — besonders italienische Bauarbeiter kommen in Frage — schuf, sind die Löhne sehr in die Höhe gegangen und betragen bei manchen Bauten nicht weniger als 12 Dollar im Tag. Ein Lohn von 12 Dollar ist sehr hoch, auch wenn man ihn nicht in Papiermark umrechnet. (In Papiermark würde er bei einem Dollarkurs von 70 000 M. 840 000 M. betragen.) An den Tagelohn von 12 Dollar knüpft die vorzügliche amerikanische Zeitschrift „The Nation“ die folgenden Betrachtungen, welche auch von unseren Lesern sicherlich gern aufgenommen werden:

„Zwölf Dollar pro Tag! 12 Dollar in der Woche, 8744 Dollar im Jahr! Wer hat schon etwas Derartiges gehört? Welcher Lehrer, welcher Professor kann soviel verdienen? Mieter von Wohnungen, welche einen jährlichen Mietzins von 5—25 000 Dollar zahlen, sind ganz besonders entsetzt. Sie meinen, daß die Diktatur des Proletariats nun wirklich heringebracht, daß die Ära der seidenbestrickten Arbeiterinnen und der Arbeiter in in Seidenhandschuhen wieder erschienen sei. Ein neues Verbot für den kommenden Volkswinter! Die Städte können sich nicht ausbreiten, weil es an neuen Wohnungen fehlt, und diese Maurer monopolisieren den Markt! Sie halten fremde Maurer fern, schließen ihre Verbände auf engste ab und beschließen, alle übrigen für den Schaden zahlen zu lassen. Welche Selbstsucht, welche Habgier!“

„Weisheitsfönd wie entartet und trenlos gegen unsere wirtschaftliche Schula, aber irgendwie, wenn wir daran denken, wie viele Wochen der Maurer im Winter nichts verdient, wie er in langen Jahren des Tiefstands der Bauwirtschaft froh ist, wenn er gelegentlich wochenweise Beschäftigung findet, wie groß die Unfallgefahr für ihn ist — zerrinnt uns die Entrüstung über die 12 Dollar zwischen den Fingerringen. Irgendwie haben wir den heimlichen Wunsch, wir hätten Patrik Higgins belauschen können, wenn er seiner Frau die ersten 12 Dollar brachte, die er in seinem Leben in acht Stunden verdient. Wir möchten wetten, er hätte sich als Rockefeller an diesem Tag und er seine Frau lösen auf dem Bettend, nicht um Luxusdräume zu spinnen, nein — sich anzumalen, wie viel leichter man nun die Kohle für den Winter zu 20 Dollar die Tonne (wenn man sie fürbisherweise holen muß) kaufen könne, einen Anzug für den Jungen, neue Kleider für die Mädel, vielleicht einen kleinen Ausflug nach des Schwagers Farm machen, weil die Kinder sonst doch nie einen grünen Grassbüschel zu sehen bekommen.“

„Seidenhandschuhe und Seidenstrümpfe? Wir setzen sie gern auch einmal an solchen, die sie nie zuvor besaßen. Wer hat das alleinige Recht, seidene Socken zu tragen? Wo steht's geschrieben, daß es ein Verbrechen sei, einmal im Leben ein bißchen Schönheit an sich zu tragen? Und wer hat das Gesetz erlassen, daß alle guten Erdendinge nur für ein kleines Häufchen Bevorzugter existieren und daß Maurer niemals das Glück von 12 Dollar am Tag kennen lernen sollen?“

„Mitternächtlicher Protest der Berliner Köche.“

Vom Verband der Gastwirtsgehilfen wird uns folgendes geschrieben:

„Die „B. Z.“ brachte in der Nummer vom 4. Juni eine Notiz unter der Überschrift: „Mitternächtlicher Protest der Berliner Köche“, die als geradezu unfinnig bezeichnet werden muß. Unter Benutzung des Namens des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Cafe-Angestellten wird in dieser Notiz alles Mögliche zusammengewürfelt. Die Notiz scheint zurückzuführen zu sein auf das Privatgespräch eines Funktionärs des Verbandes mit einem Redakteur der „B. Z.“ Der betreffende Funktionär hatte keinerlei Auftrag für irgendwelche Mitteilungen an die obige Zeitung. Der sachliche Inhalt der Notiz schlägt den Grundgedanken des Verbandes geradezu ins Gesicht und steht im Widerspruch mit der Auffassung der Verbandsteilung über den Zweck der für Dienstag dieser Woche nach den Germania-Sälen einberufenen Versammlung. Bei dieser Versammlung handelte es sich um eine öffentliche und es konnte schon deswegen gar keine Rede davon sein, daß diese Versammlung irgendwelche Beschlüsse zu der Lohnbewegung der Gastwirtsangestellten fassen sollte. Wöllig unzutreffend ist es, wenn es in der Notiz heißt, daß die Köche bei der zehnprozentigen Entlohnung mehr als auskömmliche Verdienste hätten. Dieses Prozentmaß ist dem Zentralverband der Hotel-Angestellten am Ende des großen Streiks im Jahre 1921 durch einen Schiedspruch aufgezwungen. Es hat dazu geführt, daß die große Mehrheit der Berliner Köche tatsächlich unzureichend bezahlt wird, während ein kleiner Teil in Luxusbetrieben und Hotels, wie das damals bereits vorausgesetzt wurde, allerdings gegenüber den Köchen zu hohe Verdienste hatten. Viel mehr Ursache aber noch als die Köche hat das gesamte übrige männliche und weibliche Personal, und das ist die große Mehrheit der Beschäftigten, über unzureichende Löhne zu klagen. Im übrigen stellen wir die Notiz der „B. Z.“ auch insoweit richtig, als der Zentralverband grundsätzlich gegen jede Beteiligung der Köche in Form von Prozenten am Umsatz ist. Der Verband wird deshalb niemals einer tariflichen Umsatzbeteiligung der Köche zustimmen und hat auch niemals eine derartige Forderung gestellt. Die „B. Z.“ behauptet also auch nach dieser Richtung etwas Falsches. Schließlich kann die Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich die „B. Z.“ zukünftig an die Organisationsmethode, dann kann ihr ein solcher Reifall nicht passieren.“

Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter.

Die am Montag erfolgte Neuregelung der Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter hat keineswegs Befriedigung hervorgerufen. Im allgemeinen wurde erwartet, daß auch die Bezüge des Monats Mai nachträglich erhöht würden. Das Ausbleiben dieser Nachzahlung hat eine starke Unruhe hervorgerufen, um so mehr, als auch die für Juni bewilligte Zulage von 60% Proz. keineswegs den Erwartungen entspricht. In Berlin ist es bereits zu Komplikationen, insbesondere in den Eisenbahnwerkstätten, gekommen. Die Direktion hat die am Donnerstag und Freitag auszugehenden Löhne bereits am Dien-

stag und Mittwoch gezahlt, so daß die Arbeiter bis Donnerstag bzw. Freitag nächster Woche keine weitere Löhnung erhalten. Da der höchstzulässige Betrag des zur Auszahlung gelangenden Lohnes 90 000 M. beträgt, ist die Unruhe zu begreifen. In den Betrieben haben am Mittwoch Versammlungen der Belegschaft stattgefunden, in der die Forderung nach einer einmaligen Beihilfe erhoben wurde. Die Telegraphenbauarbeiter Berlins sind in einen Zustand getreten und haben auch bis zum Abend des Mittwoch die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die örtlichen Organisationen haben sich an ihre Zentralvorstände gewandt, um diese zu veranlassen, für die nächste Woche Verhandlungen über eine weitere Erhöhung der Löhne zu beantragen.

Lohnbewegung der Töpfer.

Bei den letzten Verhandlungen mit den Unternehmern am Montag den 4. Juni, konnte eine endgültige Regelung der Löhne für den Anfang Juni noch nicht stattfinden, weil die anwesenden Unternehmer, sich für nicht zuständig erklärten. Das Abkommen, daß ab 1. Juni zunächst 3500 M. Stundenlohn zu zahlen sind, ist ein Provisorium. Endgültig wird hierüber in der Sitzung am Donnerstag, den 7. Juni durch die gemeinsame Lohnkommission, an deren Verhandlungen auch die Unternehmer der Provinz Brandenburg teilnehmen, entschieden. Der Bericht von den Verhandlungen wird in der Mitglieberversammlung der Fachgruppe der Töpfer, die am selben Abend im Rosenhaller Hof stattfindet, gegeben.

Junizahlungen an Angestellte der Berliner Metallindustrie

Die am Angestellten-Tarifvertrag der Metallindustrie beteiligten AFA-Gewerkschaften sowie die anderen Angestelltenverbände hatten an den Verband Berliner Metallindustrieller die Forderung gerichtet, den Angestellten unter Berücksichtigung der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse so schnell als möglich einen entsprechenden, eventuelle in besonderen Verhandlungen noch festzusetzenden Gehaltsteil zur Auszahlung zu bringen. Der Arbeitgeberverband hatte hierauf den Vorschlag gemacht, daß folgende Abschlagszahlungen geleistet werden sollten:

für die Tarifgruppe A	150 000 M.
K 1, T 1 und die entsprechenden Gruppen B, C	200 000
K 2, T 2	250 000
K 3, T 3	300 000
K 4, T 4 und die Restgruppen	350 000

Die Angestellten unter 18 Jahren sollten keine Abschlagszahlung erhalten, die weiblichen Angestellten 10 Proz. weniger als die männlichen Angestellten. Die Vertreter der Angestelltenverbände haben in gemeinsamer Beratung beschlossen, dieses Angebot abzulehnen, weil es den tatsächlichen Verhältnissen und den aus den Betrieben bekannt gewordenen Wünschen nicht entspricht. Runder mehr sollen am kommenden Sonnabend zwischen den Tarifvertragsparteien Verhandlungen stattfinden, in denen, falls es möglich ist, endgültige Festsetzungen in bezug auf die Abschlagszahlungen getroffen werden sollen. Die Verhandlungen über die endgültige Gehaltsfestsetzung für Juni werden später stattfinden, aber so rechtzeitig von den Angestelltenverbänden gefordert werden, daß die in früheren Monaten festzustellenden Verzögerungen in den Auszahlungen der Monatsendsummen vermieden werden.

Neue Löhne der Maschinisten und Feizer.

Durch Verhandlungen vom 4. Juni 1923 stellen sich die Löhne der Groß-Berliner Privat-Elektrizitätswerke vom 30. Mai bis 4. Juni: Gruppe I 3280 M., Gruppe II 3180 M., Gruppe III 3090 M., Gruppe IV 2870 M., Gruppe V (Wintererwerbsschläge) 2430 M., Gruppe VI (Frauen) 1990 M.; vom 5. Juni bis 10. Juni: Gruppe I 3490 M., Gruppe II 3380 M., Gruppe III 3290 M., Gruppe IV 3050 M., Gruppe V (Wintererwerbsschläge) 2580 M., Gruppe VI (Frauen) 2110 M. Die Frauenzulage beträgt für die beiden vorgenannten Lohnperioden je 4800 M., die Kinderzulage für die gleichen Zeiträume je 9600 M.

Aus der Angestelltenjugend-Bewegung.

Die Jugendbewegung im Zentralverband der Angestellten (ZdA.) ist noch jung. Trotzdem hat sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens so gut entwickelt, daß sie heute einen maßgebenden Faktor in der Angestelltenjugend darstellt. Über 30 000 Lehrlinge und jugendliche Angestellte beiderlei Geschlechts sind in rund 300 Jugendgruppen innerhalb des Zentralverbandes in Deutschland zusammengeschlossen. In den Jugendgruppen des ZdA. wird Wert darauf gelegt, daß die jugendlichen Angestellten und Lehrlinge berufstätige Menschen werden. Der ZdA. sorgt aber auch dafür, daß in wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht alles Erforderliche für seine jugendlichen Mitglieder und darüber hinaus für die gesamte Angestelltenjugend getan wird. Daneben wird der natürliche Trieb der Jugend zu Tanz und Spiel und gefelligem Beisammensein nicht vernachlässigt. Sportliche Veranstaltungen und Wanderungen sollen dazu beitragen, den jugendlichen Körper und den Geist zu kräftigen zum Wohle des Volksganges. Unter diesem Leitstern standen insbesondere die größeren Veranstaltungen, die die Jugendgruppen des Zentralverbandes der Angestellten in den letzten Wochen trafen.

Das diesjährige Pfingstfest vereinigte in fast allen Teilen Deutschlands die ZdA.-Jugend zu frohen Trefffahrten, aber auch zu ernster Jugendarbeit. Aus dem größten Teil der deutschen Gauen, so aus Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, Mitteldeutschland, Thüringen, Oberschlesien und Sachsen, sowie Ostpreußen, war die Jugend zusammengelommen, um ein Bekenntnis zum freierwerblichen Gedanken abzulegen. Die gute Beteiligung, der sich die Veranstaltungen zu erfreuen hatten, beweist am besten, daß die freie Angestelltenjugend vorwärts schreitet. Es ist zu wünschen, daß der Jugendbewegung des ZdA. die weitesten Sympathien zugewendet werden.

Verlansangek. Mitglieberversammlung Donnerstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, Bögem-Bräuerei, Prenzlauer Allee 242.

Wahlberecht. Sonnabend, den 9. Juni, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24. Funktionärerversammlung sämtlicher Bezirke. In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der vorliegenden Tagesordnung ist es unbedingt erforderlich, daß jede Bezirksgewerkschaft anwesend ist.

Weiter bis Freitag mittag. Hiemlich kühl, zeitweise heiter, aber veränderlich, im Osten noch leichte Regenfälle, sonst meist trocken bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Wirtschaft

Die Goldsparkonten der Sparkassen.

Mit dem 1. Mai haben die Sparkassen die Annahme von Sparkonten in Goldmark eingeführt; der Erfolg ist bisher ein verhältnismäßig geringer gewesen. Das ist kein Wunder. Denn die kleinen Sparer, für die diese Konten gedacht sind, leiden infolge der Geldentwertung unter einer Schwächung der Kaufkraft, die nur in den seltensten Fällen überhaupt noch Ersparnisse zuläßt. Wer aber über mehrere zehntausend Papiermark an Ersparnissen verfügt, sucht und findet leicht die Möglichkeit wertbeständiger Kapitalanlagen in Spekulationswerten, und besonders auch in den sogenannten Festwertanlagen, die im allgemeinen eine höhere Verzinsung bringen, als sie die Sparkassen zahlen können. Ein wesentliches Hemmnis für die Einführung des Goldsparvertrages war die Vorschrift, daß ein dem Goldsparkonto genau entsprechender Papiermarkbetrag gleichzeitig auf der Sparkasse ruhen sollte.

Diese Bestimmung geht aber lediglich auf ein Mißverständnis zurück, der bei der Auslegung des Erlasses der preussischen Regierung über Goldsparkonten entstanden ist. Die fragliche Bestimmung besagt nur, daß bei jeder auf Goldsparkonto erfolgenden Einzahlung von Papiermark ein dieser Summe mindestens gleichkommender Betrag bereits auf dem Papiermarkkonto des Sparer vorzulegen sei oder, soweit ein solcher Bestand nicht vorhanden ist, eingezahlt werden muß. Hieraus erhellt, daß eine Einzahlung beziehungsweise Verbuchung auf Goldsparkonto in der Regel in dem Umfang zurückzuführen ist, als nicht ein mindestens gleich hoher Wertbetrag auf dem Papiermarkkonto des Sparer vorhanden ist. Verhütet sollte lediglich werden, daß durch Abhebung von Spareinlagen zu ihrer Anlegung auf Goldsparkonto die Liquidität der Sparkassen gefährdet wird, weil ihre in Papiermark angelegten Aktiva durch entsprechende Passiva nicht mehr gedeckt werden. Demselben Zweck dient die in gleicher Richtung sich bewegende Vorschrift, daß die Sparkasse ganz allgemein berechtigt ist, die Annahme von Goldsparkonto-Einlagen abzulehnen. Irgendein Eingriff in die allgemeine Freiheit des Sparkassenverkehrs ist nicht beabsichtigt; auf der anderen Seite dürfen keinerlei Bestimmungen getroffen werden, die den neu zugelassenen Goldsparkonto zum Teil abgedrängt hätten. Inwieweit es erforderlich erscheint, die Aufrechterhaltung von Papiermarkkonten zur Bedingung für die Führung von Goldsparkonten zu machen, ist lediglich in das Ermessen der Sparkassenverwaltung gestellt.

Eine Mühlenbank. Zur Bestreitung der Geldentwertung geben die Mühlen dazu über, sich eigene Kreditinstitute zu gründen. Jetzt wurde mit dem Sitz in Berlin die Mühlenindustrie-Bank A.-G. mit einem Aktienkapital von 3,2 Milliarden Mark gegründet. Zweck des Unternehmens ist die Unterhaltung der Mühlen bei der Rohstoffbeschaffung und alle dazu erforderlichen geschäftlichen Betätigungen, insbesondere der Betrieb aller bankmäßigen Geschäfte. Beiläufig sind an dem Unternehmen eine Reihe von Mühlen aus den verschiedenen Landesteilen.

Industrieergründungen infolge niedriger Reallohne. Die Industrialisierung in Ungarn schreitet vorwärts; der von seiner früheren Industrie entblöhte Staat ist naturgemäß gezwungen, trotz seines landwirtschaftlichen Charakters eine eigene neue Industrie zu schaffen. Die Industrieergründungen überschreiten aber oft das zureichende Maß. So schließen in der letzten Zeit z. B. Textilfabriken wie Wlze aus der Erde, weit über die Bedürfnisse des Landes hinaus. Diese Unternehmungen werden in den meisten Fällen mit ausländischem Kapital gegründet. Die billige, mit künstlichen Mitteln niedergehaltene Arbeitskraft, die den ungarischen Arbeitern bezahlten Hungerlöhne sind das Lockmittel für das internationale Kapital, dem die Ausbeutung der Arbeit Aussicht auf hohe Profite gestattet.

Eisen- und Stahlausfuhr der drei großen Ausfuhrländer bei Beginn der Ruhrbesetzung. Aus den Ziffern des „Economist“ bezüglich der Eisen- und Stahlausfuhr Englands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten ergeben sich folgende Tatsachen von Bedeutung. Zu Beginn der Ruhrbesetzung lieferte England große Mengen von Eisen und Stahl nach den Vereinigten Staaten. Zu dieser Zeit war die Konjunktur in den Vereinigten Staaten auf der Höhe und deshalb konnten sie trotz der enormen inländischen Produktion noch englische Produkte aufnehmen. Den jüngsten Nachrichten zufolge hat jedoch die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten, und so besteht die Möglichkeit, daß die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten nicht nur keine Einfuhr mehr benötigt, sondern mit allen Kräften danach trachten wird, ihren Absatz im Ausland zu erweitern. Somit ist die Ruhrkonjunktur für die englische Eisen- und Stahlindustrie nur als vorübergehend anzusehen. Im übrigen wird der kanadische Markt von den Vereinigten Staaten versorgt, der Markt von Indien und Australien gehört zum Reichsbereich der englischen Schwerindustrie. In Südamerika halten die Industrien der genannten drei Staaten einander ungefähr die Waage, in Japan hatte Deutschland einen leichten Vorsprung. Bezüglich der Ausfuhr nach den europäischen Ländern war besonders die der deutschen Industrie nach Holland sehr beträchtlich. Die verhältnismäßig sehr großen Mengen dürften aber wohl kaum dort verbraucht, sondern weiter ausgeführt worden ein. Englands Roh-eisenausfuhr nach Italien bildet ebenfalls einen großen Posten; es ist der Hauptlieferant Italiens an Roh-eisen. Im übrigen blieb die englische Produktion an Roh-eisen Ende April um 35 Proz. hinter dem Vorkriegsstand zurück, dagegen war die Stahlherzeugung bereits um 20 Proz. größer als 1913.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Anzeigeltafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 2054,50 Geld, 2065,50 Brief; 100 österr. Kronen (abest.) 102,74 Geld, 103,26 Brief; 1 tschechische Krone 2234,— Geld, 2246,— Brief; 1 ungarische Krone 12,46 Geld, 12,54 Brief; 1 bulgarische Leva 798,— Geld, 802,— Brief; 1 jugoslawischer Dinar 852,50 Geld, 857,50 Brief; 1 Polenmark galt im freien Verkehr etwa 1,25 M.

Verantwortlich für Politik: Victor Scholl, Berlin; Wirtschaft: Artur Gateraus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Penfession: R. S. Böcher, Berlin-Milchensee; Schales und Sonstiges: Wlly Wllyus, Berlin-Santow; Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Bornhorts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. M. B. Lindenstraße 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reimwelt“.

HERMANN

Tietz

So weit Vorrat

BILLIGE

Lebensmittel

So weit Vorrat

Lalpalger Straße

Frisches Fleisch

Alexanderplatz

Hammel-Vorderrfleisch	fest, Pfund	7400.-
Hammelrücken Pfund	7500.-
Hammelkeulen Pfund	8000.-
Kaibskamm Pfund	6000.-
Kaibrücken Pfund	6200.-
Gehacktes Pfund	6600.-

Zervelatwurst Pfund	14000.-	Rehkeulen Pfund	12000.-
Landleberwurst	.. Pfund	7200.-	Harzer Käse Pfund	3000.-
Rotwurst Pfund	7200.-	□-Käse Pfund	3600.-
Schlangengurken	grüne St. von	3000.-	Stangenkäse Pfund	3600.-
Rhabarber Pfund	450.-			
Salat Kopf	280.-			

Rehkeulen Pfund	3600.-	Frische Heringe	grüne Pfd.	1800.-
Rehblätter Pfund	6800.-	Frische Makrelen	Pfd.	2500.-
			Frische Steinbutten	Pfd.	2800.-
			Geräuch. Flund.	Pfd.	3300.-
			Kaninchen	gestreift und gefloren, Pfund	2500.-
			Margarine Pfund	8200.-

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Kundgebungen im Lustgarten.

Die Freigabe des Lustgartens erst ab 12 Uhr bedeutet in der Praxis Unterbindung vieler Kundgebungen. Die Verwaltungs-bureaufreie liegt bedauerlicherweise noch zu sehr an dem über-liefertem staatlich fixierten Recht, scheint dabei zu übersehen, daß seit Sturz des obrigkeitlichen Gottesgnaden-Systems die „erstarre“ Rechtsordnung in vorliegendem Falle als überholt und unzerbind-lich allgemein betrachtet wird. Die Benutzung des Lustgartens für Kundgebungen zu einer Zeit, die der Masse zufügt, hat sich bereits längst wenigstens zum Gewohnheitsrecht herausgebildet. Die sonst streng respektierten Ordner würde man veranlassen, sich an den Kopf zu fügen, hätten sie es je gewagt, den demonstrieren-den Massen die Freiheit einschränkende Anweisungen zu geben. Vermutlich wird die arbeitslose Bevölkerung über den am grünen Tisch ausgetriebenen Has des Polizeipräsidenten lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Die Polizei wird hoffentlich Takt ge-nug besitzen, den Willen der Masse Mensch, die in hehrer Sache jeweils zusammentritt, zu respektieren. Die Domkirchenbesucher sollen ungestört weiter ihren Gottesdiensthandlungen nachgehen, nur sollen sie das mitunter stark nach Provokation riechende intensive ostentatio einsehende Domglockengeläute die seltenen Rote unterlassen, denn das Getöse der Glocken wird von den Massen als Störung und Befristigung ihrer Handlung betrachtet und empfunden. Die Erlösung der Menschheit vom Jammer des irdischen Lebens: das war von jeher der eigentliche Zweck der Religion. Die arbeitenden Klassen haben sich durch ihren Zusam-menenschluß gleichfalls die Erfüllung obenerwähnter religiöser Auf-gabe zum Zwecke gesetzt; denn auch was sie erstreben, besonders soweit sie Sozialdemokraten sind, ist eine religiöse Aufgabe, d. h. eine Sache, welche ihre Gläubigen mit ganzem Herzen, mit ganzer Seele und mit ganzem Gemüt ergreift, das Evangelium der Neu-zeit. — Die nächsten Demonstrationen werden sicher wiederum im Lustgarten stattfinden zu einer Zeit, die der arbeitenden Bevölke-rung genehm sein wird.

Berliner Reklame.

An Schloßplatz steht eine allen Berlinern wohlbelannte Wetzerröhre mit verschiedenen interessanten Reklapparat, zu denen die Lehrer ihre Schüler führen. Auch sie ist in großer Ge-fahr, abgerissen zu werden, wie ihre zahlreichen Schwestern, die Kraniasäulen, da die Stadt dort eine Reklamesäule aufstellen lassen will. Wie Proteste des Bezirksamts gegen die vom Magistrat abgeforderten Reklameverträge verfallen ergebnislos. Berlin wird mit Reklamen überschwemmt, damit der Stadt einige Millionen zum Billion-Glat zustehen. So stehen jetzt an der Kreuzung Unter den Linden und Friedrichstraße vier Verkaufsbüschchen, an der Kreuzung der Kronenstraße wird zwischen den Dämmen in einem Häuschen „gewechselt“, am Spittelmarkt und Hausvogteiplatz hören die Häuschen noch der Mieter. Bierschicht verkauft man auch dort bald „Florstrümpfe“, damit Berlin wieder auf die Beine kommt! Die einzige der neuen Reklameerrungen-schaften, mit der wir alle uns wohl abfinden, sind die Halte-stellenanzeiger. Bald werden aber zu Reklamezwecken auch Wartehallen für die Straßenbahn errichtet werden. Man gehe nur einmal zum Spittelmarkt, wo sich ein sehr schöner Brunnen-bau befindet. Auf diesem kleinen Platz stehen jetzt so viele Säulen, Tafeln, Häuschen, daß man von dem großen Bierbrunnen kaum noch etwas sieht. Man sieht hier deutlich, zu welchen Ueberreibungen die Reklamesucht bereits geführt hat. Wer Reklame machen will, soll nur tüchtig die Tageszeitungen, vor allem den „Vor-wärts“, benutzen, der hat Platz für schöne Anzeigen, aber mit der Verschwendung Berlins sollte man doch endlich Schluss machen. Da die Bezirksämter dem Magistrat gegenüber in dieser Angelegenheit völlig ohnmächtig sind und alles über sich ergehen lassen müssen, ist nicht nur der Protest der großen Öffentlichkeit gegen diese wenig erbauliche Geschäftstätigkeit im Roten Hause. Dr. A. Str.

Als die Bestimmung herauskam, daß der Kontrolleur der Gas- und Elektrizitätszähler gleich bei der Stand-aufnahme das Geld einzufassieren habe, da begrüßte man diese Maßnahme als einen Versuch, überall rationelle Wirtschaft ein-zuführen. Als der März mit seinen Riesenerhöhungen nahe und der Gas- und Strompreis auf das Doppelte erhöht werden sollte, da fand man wohl plötzlich, daß man mit einem Beamten nicht

auskommen könne, weil der Benutzer möglicherweise ein paar Tage länger den billigeren Tarif genießen könnte. Und so schickte man einen besonderen Kontrolleur durch die Wohnungen, der nur den Stand aufnahm — so ging es schneller — und der Kassierer kam wieder zehn Tage später. Als Ausrede hatte der standaufnehmende Beamte zu sagen, daß er die Zähler zu kontrollieren habe. Im April änderte sich nun das Bild. Die Gas- und Elektrizitätspreise gingen um ein paar Prozente herunter. Der kontrollierende Beamte kam wieder, aber nun hatte der zehn Tage später folgende Kassierer sich nicht mehr an die Aufnahme seines Vorgängers zu kehren, sondern nahm den hohen Preis bis zu dem Tage des Einfassierens ein, so daß wir den höchsten Stand nicht einen Monat, sondern 5 bis 6 Wochen zu zahlen haben.

Man fragt sich erstaunt: warum diese Kniffe? Warum kein ehrlider Standpunkt? Die Stadt stellt doch selbst die Preise fest. Sie schreibt: Von der Bestandaufnahme dieses Monats wird der Preis so und so viel betragen — und schickt bei der Herausgabe des Preises einen besonderen Beamten, um ein paar Tage zu ge-winnen und verzögert aus demselben Grunde die Aufnahme bei Preisherabsetzung. Wie würde man einen Kaufmann bezeichnen, der mit solchen Mitteln arbeitet? C.

Der Magistrat spart.

Von den Dienststellen der städtischen Girokassen wird zurzeit verlangt: eine Aufstellung aller in diesen Kassen beschäftigten Beamten und Angestellten unter Angabe der Besoldungsgruppen und die genaue Angabe der Tätigkeit des einzelnen in 14 facher Ausfertigung. Der Offenheit gegenüber bleibt der Ma-gistrat die Rechenschaft schuldig, wieviel Instanzen geschaffen werden müssen, um die Tätigkeit des einzelnen unteren Beamten zu kontrollieren in bezug auf Sparlichkeit. Wieviel Zeit und Papier sind nötig, duzendweise Tätigkeitsberichte über den einzelnen städti-schen Beamten und Angestellten herzustellen. Sollte ein gefunder Menschenverstand wachen, so hätte der Magistrat alle Veranlassung, 13 Instanzen zur Sparlichkeitskontrolle in den Ruhestand zu ver-setzen. I.

20 M. Strafgeld für beschädigte Kassenscheine.

Die Reichsbank versucht scheinbar dem wohl allerorts als furcht-bar empfundenen Zustand unserer Zahlungsmittel, des Papiergeldes, das oft durch allzu langen Gebrauch die Wechselfähigkeit mit den gleich-artigen Scheinen schwer erkennen läßt, durch ein Radikalmittel ab-zuhelfen. In die Eisenbahnbehörden ist eine Verfügung ergangen, daß Geldscheine, die „durch scheinbar vorsätzliche Zerstörung“ idiert, als Zahlungsmittel nicht angenom-men werden dürfen. Gewissenhafte Schalterbeamte lehnen jetzt sämtliche, durch das Kniffen des Scheines fast bei allen älteren Scheinen zu bemerkende leichte Einreißer, also nur durch den Gebrauch leicht beschädigte Scheine als nicht „gültig“ ab. So während der Osterferie auf dem Bahnhof Gesund-brunnen, wo nach Bescherde bei dem Bahnhofsvorstand erreicht wurde, daß nach Zahlung von 20 M. an Instandsetzungs-gebühr bei einem Scheine von 50 M. Wert der Geldschein in Zah-lung genommen werden sollte. Wenn eine staatliche Kasse oder Be-hörde einen staatlichen Geldschein ablehnt, ist er doch sicher auch im privaten Verkehr ungültig. Warum wird, wenn die im Verkehr befindlichen alten, doch meist durch leichtes Einreißer beschädigten Scheine behördlicherseits nicht mehr anerkannt werden, nicht durch eine allgemeine Bestimmung die Ungültigkeit aller solcher Scheine erklärt? Das würde zur Folge haben, daß ein gut Teil kleiner Wertzeichen zugunsten des Staates vernichtet, der andere Teil aber durch sorgfältiges Kleben seitens des Publikums selbst in stand ge-setzt wird. B.

Wassergeld auf Friedhöfen.

Wer an wärmeren Tagen zu den Gräbern lieber Angehöriger geht, um die Anpflanzungen zu begießen, wird von den Friedhöfs-verwaltungen „eingeladen“, für die Sommermonate sofort ein „Wassergeld“ von 2000 M. zu bezahlen, andernfalls wird die Grabpflege verboten. Seit wann verjagen die Ziehbrunnen der Kirchengemeinden, oder sind auch hier die städtischen Wasserwerke Verkäufer des angeforderten Grund- und Regenwassers? Und warum müssen diese Beträge denn wieder die Unbemittelten auf-bringen? Die Unkosten des nun erforderlichen Kontrollapparats werden die Einnahmen wahrlich nicht verdrängen, und viele Grab-stätten, jezt noch Denkmalern treuen Gedächtnisses, werden doch ver-dübelt sein. R. R.

(Copyright by Wegweiser-Verlag Berlin.)

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Aus dem Dänischen von Erwin Magnus.

In der seither verfloffenen Zeit hatte Gude ein paar havo-rierte Gesellschaften untersucht. Seine Meinung fiel hier mit der des Ministers zusammen: Die Leitung hatte ungefähr alle Dummheiten begangen, die man überhaupt begehen konnte. Sie hatten wie Betrunkene gehandelt, die berauscht waren von den riesenhafte Konjunkturen des Krieges, die sie geschaffen und ihnen eine Zeitlang Glück gespendet hatten. Jetzt mußten sie sterben! —

Kürzlich hatte Gude den Auftrag erhalten, das große Schiffsbau- und Schiffsfahrtsunternehmen „Dänische Werft“ einer kritischen Revision zu unterziehen und Vorschläge zu dessen Rekonstruktion auszuarbeiten.

Das mächtige Material an Kassenbelegen und Kopie-büchern war in seine Kajüte gebracht worden. Die ungeheuren Stapel türmten sich bis fast zur Decke auf.

Der Verwaltungsdirektor der Werft war Andreas Pauli, der bekannte Handelsmatador und Kunstmagen der Kriegs-periode. Vorläufig fand Gude jedoch keine Veranlassung, mit ihm zu sprechen. Er suchte bis auf weiteres nur Fühlung mit der großen Bant, die die „Dänische Werft“ finanzierte.

Daß der technische Leiter der Werft, Kapitän J. S. Starf, Gudes Schwager war, konnte ihn nicht hindern, an die Auf-gabe heranzugehen. Für die ökonomische Leitung des Unter-nehmens trug der Schwager keine Verantwortung.

Im übrigen war das Verhältnis zwischen dem Schwager und ihm unhöflich und gezwungen, was auch immer der Grund sein mochte. Seit sie auf der Kadettenschule zusammen gewesen waren, hatten sie sich nicht getroffen. Gude hatte im Zustand die Mitteilung von der Verlobung des früheren Kameraden mit seiner Schwester erhalten. Kurz darauf hatten sie sich verheiratet. Jetzt, nach Verlauf von fast fünfzehn Jah-ren, sah er sie beide wieder. Die Schwester hatte ihn aufgefor-dert, ein paar Zimmer zu beziehen, die in dem alten, von ihr und ihrem Manne bewohnten, in der Nähe von Amalienborg belegenden Hause der Familie leer standen. Er hatte es jedoch aus vielerlei Gründen abgelehnt. Die fettliche, schone und

zurückhaltende Art, in der der Schwager ihm entgegenkam, hatte den Ausschlag gegeben. Auch nicht das Wiedersehen der alten Wohnung, in der er seine Knabenzeit verlebt hatte, vermochte ihm größere Freude zu bereiten.

Seine Schwester Edith hatte gleich nach seiner Heimkehr versucht, ihn in ihren Kreis zu ziehen, der aus den Ueberleben-den der führenden Klasse seiner Kindheit, Hoffreisen, Diplo-maten und Rüstlars, bestand. Er fand sie leblos und in der Form erstarrt. Seine halbhoftizielle Stellung zwang ihn später zu gesellschaftlicher Berührung mit der neuen, in der großen Handelszeit des Krieges entstandenen Bourgeoisie. Die war ihm nicht weniger zuwider. Die Männer waren ohne Intelligenz, die Frauen raffiniert gekleidet, aber roh. Er wurde selbst der Gegenstand größerer Aufmerksamkeit, als ihm lieb war. Die jungen Mädchen durchforschten ihn mit sachverständig unverschämtem Blick vom Scheitel bis zur Sohle, als schätzten sie seine Körperlichkeit ab. Vermutlich erkundigten sie sich darauf bei irgendeiner Auktionsteil nach seinen ökonomischen Verhältnissen.

„Wir finden Sie interessant“, sagte eine von ihnen, ein strahlendes, blondes kleines Ding, das zart und ungefähr bis zum Gürtel entblößt war. „Sie interessieren uns, wie ge-sagt, sowohl als Rastulimum wie als Lyze. Wir haben ge-festern im Klub lange über Sie debattiert. Warum lassen Sie sich dort nicht sehen? Warum treiben Sie keinen Sport?“ Ihre Stimme zögerte: „Ist Ihre Invasivität vielleicht schuld daran?“

Beim Sprechen hatte sie fortwährend das rauchfarbige Glas betrachtet, das in seine rechte Augenhöhle geklemmt war. Sie war nicht die erste in diesen Kreisen, die auf seine rechts-seitige Blindheit hingedeutet hatte. Keine Taktlosigkeit ärgerte ihn so sehr wie diese. Da sah diese selbstsichere kleine Person und sprach schnell in ihrem spitzfindigen, zynischen Jargon mit dem harten kleinen Stimmlaut, der bei diesen Töchter-reicher Männer Mode war und den sie wohl von ihren Kava-lieren gelernt hatten, die ihn ihrerseits wiederum von Kurti-lanen hatten. Sie wartete noch auf seine Antwort, ihre nach-tenden, runden Schultern bebten vor erwartungsvoller Lust. Sie hätte sich gedacht, sagte sie und ließ die Zunge an den Lippen entlang gleiten, daß er das Auge unter den Schreden der russischen Revolution verloren hätte, daß es von einem roten Gardisten mit einem im Lagerfeuer glühend gemachten Bajo-

Der Hundejäger.

In dieser, bald in jener Gegend Berlins zeigte sich vor längerer Zeit ein Mann, der durch sein aufgeregtes Wesen, daß so recht zu seiner sonstigen Erscheinung paßte, auffiel. Niemand sprach er die Possanten an und fragte sie, ob sie nicht seeben einen Schäferhund gesehen hätten. Das Tier müsse in dieser Minute um die Ecke ge-laufen sein. Natürlich verneinten die Angesprochenen die Frage, und schnell sammelte sich eine neugierige Menge, und vor dieser gebärdete sich der unglückliche Hundebesitzer wie ein Unfinniger. Er jammerte, schrie und weinte, erzählte dann so nebenher den Leuten, daß das wertvolle Tier ihm sehr ans Herz gewachsen sei und daß er gar nicht ohne das Tier leben könne. Er wage es auch gar nicht mehr, ohne seinen lieben Hausgenossen heimzukehren. Es war dann auch immer der eine oder andere Radfahrer in der Menge, und diesen bat er dann, ihn doch für einige Minuten auf das Rad aufsitzen zu lassen, damit er dem weggelaufenen Hunde nachsehen könne. Mitleidsvoll wurde ihm das Rad dann auch von irgendeinem Vertrauensseligen, dem die Umstehenden noch zu-redeten, überlassen, und mit vielem Dank und dem Versprechen, gleich wieder zurück zu sein, fuhr der Mann davon. Der Fahrrad-besitzer sah ihn aber nie wieder und merkte schließlich nach vergeb-lichem langem Warten, daß er einem Gauner zum Opfer gefallen sei. Als er eines Tages dieses Manöver wieder ver-suchte, hatte er das Pech, daß einer der von ihm früher einmal auf die gleiche Weise Geprügelten dazukam, ihn wiedererkannte und fest-nehmen ließ. Pöbau hatte sich jezt wegen des Diebstahls von 17 Fahrrädern zu verantworten. Die von dem Ver-zechtigen Dr. Braun geltend gemachte verminderte Zurechnungs-fähigkeit ließ das Gericht nicht gelten und erkannte dem eigenartigen Hundejäger den jezt so beliebten „Jagdschein“ nicht zu. Der Angeklagte erhielt drei Jahre Gefängnis. Damit hört die Fahrrad-jagd für diese Zeit auf, und man wird sowohl dem Jäger als auch den Fahrradbesitzern diese „Schnitzzeit“ gerne gönnen.

Das Küchenmesser in den Rücken.

Schwere Bluttat eines Jugendlichen.

Ein mit unglaublicher Roheit und Dreistigkeit um die Mittagszeit in der belebtesten Stadtgegend ausgeführter Raubüberfall brachte den 19jährigen, bei einer Versicherungsgesellschaft beschäftigten Buch-halter Kurt Taechner vor das Schwurgericht.

Am 8. Dezember v. J. war die jugendliche Kontoristin Erna Rihmann von ihrem Geschäftsbau in der Brunnenstraße zum Postfachamt in der Dorotheenstraße geschickt worden, um einen größeren Gelddbetrag abzuheben. Der Angeklagte hatte das junge Mädchen von der Dorotheenstraße aus verfolgt. Als sie in ihrem Geschäftsbau den Seitenausgang betrat, hatte er ihr hinterücks ein langes Küchenmesser bis ans Heft in den Rücken gestochen, ihr die Aktentasche mit dem Gelddbetrage entziffen und war davongelaufen. Laut schreiend war die Ueber-fallene mit dem Messer im Rücken dem Räuber auf die Straße ge-folgt und hatte auf diese Weise die Festnahme veranlaßt. Der Angeklagte hatte auf der Flucht die Tasche von sich geworfen. Die erregte Volksmenge war über den rohen Burden hergefallen, und nur dem Eingreifen von zwei dazukommenden Schupoameuten war es gelungen, zu verhindern, daß an ihm auf der Stelle Lynch-justiz geübt wurde. Inmerhin hatte Taechner so schwere Ver-letzungen davongetragen, daß er blutüberströmt zur Sanitätsstube gebracht werden mußte, wo er erst verbunden wurde. Der Liebel-täter hatte auf der Polizei ein offenes Geständnis abgelegt, daß er schon von Hause das Küchenmesser mitgenommen hätte, mit der festen Absicht, einen Ueberfall zu begehen. Als Grund für seine Handlungsweise gab er an, daß er 38000 Mark Geschäfts-gelder verloren habe und sich diesen Betrag auf irgendeine Weise wiederbeschaffen wolle. Drei Tage später ließ er sich dem Untersuchungsrichter vorführen und widerrief dieses Geständnis. Er behauptete jezt, daß er über den Geldverlust in Verzweiflung ge-wesen und das Messer von Hause mitgenommen habe, um im Tier-garten Selbstmord zu verüben. Dazu habe ihm aber dann der Mut gefehlt. Als er das junge Mädchen mit der dikten Aktentasche sah, sei er auf den Gedanken gekommen, sich durch Veräufung in den Besitz des Geldes zu setzen. Wie er zu der Bluttat gekommen sei, wisse er selbst nicht. Der als Sachverständiger vernommene praktische Arzt Dr. Reuter bezeichnete es als einen glücklichen Zufall, daß das junge Mädchen bei der an sich lebensgefährlichen Ver-letzung mit dem Leben davongekommen sei. Nur dem Umstand, daß das Messer zwischen den Rippen stecken geblieben sei, wäre es

nett ausgebrannt wäre. Auch was die Weiber der Roten mit Männern, die in ihre Gewalt fielen, machten, hätte sie gehört. Gude begnügte sich mit der trockenen Antwort, daß der Verlust des Auges zwanzig Jahre zurückläge, und sagte, was teilweise der Wahrheit entsprach, daß ein Unfall in seiner Knabenzeit ihn verurteilt hätte. —

Sie glaubte ihm offenbar nicht, aber ihr Lächeln erhielt eine eigene Süße, wahrheitsähnlich respektierte sie, daß er log und also ganz andere, aufreizende Dinge zu verbergen hatte. — In diesen Kreisen galt er eher für blasiert, als für einen Sonderling. Lieh er keinem Widerwillen freien Lauf, so be-gnügte er nur einem Paar lockender Augen und einem Lächeln bewußter Erotik um röstlichbemalte Lippen. —

Die Kajüte um ihn her kam ihm wie eine Klosterzelle vor, aber ihre Einsamkeit machte ihn doch nicht ganz ruhig. Hier gab es zu viele finstere und verdächtige Winkel! Am frischesten war es noch morgens, wenn er an Deck kam und den feuchten Atem der Märzluft spürte oder dem Vorbeigleiten des grünen Wassers folgte, ehe er sich an sein Tagesmet machte.

Frisches Wasser an Bord bekam Gude von einem Schiffer, der ein Landboot durch den Hafen führte und die Schiffe mit Trinktwater für die Reise versorgte.

Er preite Gude mit einem Pfiff: „Hallo Kapitän! Lassen Sie mich an Bord, damit ich Ihnen persönlich meine Waren empfehlen kann. Feinstes Kopenhagener Gemeindewasser!“

Sein Boot war ein kleiner Dampfer aus zerbeultem Blech, was eine Ketsdose, zusammengebolzt und mit einem Dienrohr, das mit einem Knid nach hinten gebogen war und hinten-schwarzen Rauch in Ringeln qualmte. Die Maschine räusperte sich und spuckte, aber was das Ziehen anbetraf war sie ein kleiner Teufel, wie Kapitän Samuelsen sagte, und sahste gern beim Bugfieren eines Fünfmastlers mit an, wenn es darauf ankam!

Doch die Schägigkeit des Bootes war berüchtigt, es ma-der schwimmende Standal des Hafens, ein nach ranziger Del-ftinkender frecher Räuber, der einem Schiff unter voller Fahrt mit einem großartigen Schwung gerade vor den Bug lief, seine Zender aus zerfäertem Hanf wie sechs abgehauene Regertöpfe gegen die Seite schwappend.

(Fortsetzung folgt.)

